

SPERRFRIST: 9. September 2015, 8 Uhr

*An die Pressevertreter in Oberschwaben und im Allgäu:
Gemeinsame Erklärung zum Thema Erzeugerpreise:*

**CDU fordert Schulterschluss für bäuerliche Familienbetriebe –
„Wem Landschaft, Natur und Tiere etwas bedeuten, muss bereit sein, Pflege aus
bäuerlicher Hand dauerhaft zu fördern!“**

Angesichts des anhaltenden Preisdrucks und der dadurch entstehenden Bedrohung familiengeführter bäuerlicher Landwirtschaftsbetriebe in Oberschwaben und im Allgäu fordern die hiesigen CDU-Politiker eine Kraftanstrengung aller Beteiligten. „Wir müssen den Landwirten kurzfristig helfen und ihnen langfristig eine Perspektive geben“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die angesichts der Oberschwabenschau in Ravensburg veröffentlicht wurde. „Das Ende der Milchquote, das Russland-Embargo, die Marktschwankungen in China und das anhaltende Überangebot an Milch und anderen Produkten weltweit haben zu einer Situation geführt, in der vor allem bäuerliche Familienbetriebe in geografisch ungünstigen Regionen in ihrer Existenz bedroht sind.“

Die CDU-Landtagsabgeordneten Paul Locherer und Rudolf Köberle, der Europaabgeordnete Norbert Lins, die ehemalige Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle, die Bundestagsabgeordneten Waldemar Westermayer und Josef Rief sowie die Landtagskandidaten der Wahlkreise Wangen, Ravensburg und Biberach, Raimund Haser, August Schuler und Thomas Dörflinger, fordern deshalb, dass die Politik einerseits flankierend alles tut, um die Lage der Höfe zu stabilisieren. Sie wollen aber auch, dass von Marktseite aus mehr getan wird, um die Situation zu verbessern.

Konkrete Vorschläge

Vor allem im Bereich Milch besteht dringender Handlungsbedarf. „Wir fordern die baden-württembergische Landesregierung auf, die diesjährige EU-Prämienzahlung mit einem Abschlag von 70 Prozent bereits Anfang Dezember an die Landwirte auszuzahlen. Das Vorziehen dieser ohnehin den Höfen zustehenden Zahlung würde die Liquiditätssituation der Betriebe deutlich verbessern.“

Ebenfalls als kurzfristige Maßnahme könnten durch den Aufkauf überschüssiger Lagerbestände (Butteröl und Milchpulver) durch die EU Flüchtlings-Camps in- und außerhalb Europas versorgt werden. „Hierfür könnten zum Beispiel auch die 400 Millionen Euro verwendet werden, die nach Abzug der bisherigen Hilfen im Topf der Superabgabe noch übrig sind. Auch die Verwendung von Mitteln der beschlossenen EU-Flüchtlingshilfe ist dabei denkbar. Zudem müssen Regelungen zurückgefahren werden, die die Landwirte zusätzlich belasten. Dazu zählen laut CDU sowohl das von der grün-roten Landesregierung eingeführte Klagerecht für eingetragene Tierschutzverbände, wie auch der radikale Umbau des Landesförderprogramms FAKT. Letzteres läuft – aus ideologischen Gründen – an den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Betriebe in Baden-Württemberg vorbei! Ein weiterer Punkt: Ökopunktezahlungen könnte es auch für bestimmte marktfähige landwirtschaftliche Produktionsformen geben. Unnötige bürokratische Mehraufgaben könnten abgeschafft, steuerfreie Risikoausgleichsrücklagen möglich gemacht werden.“

Weiche Landung ist missglückt

Mit Blick auf den Milchmarkt hat sich laut der unterzeichnenden CDU-Abgeordneten und -Kandidaten gezeigt, dass die erwartete weiche Landung nach Wegfall der Milchquotenregelung auf EU-Ebene gescheitert ist. „Schon eine kleine Überlieferung führt zu einem totalen, existenzvernichtenden Preisverfall.“ Hier gelte es seitens der Marktakteure sowohl im Bereich Milch, aber auch bei Schweinefleisch und anderen landwirtschaftlichen Produkten Abwehrmechanismen zu installieren und nicht von vorneherein auf ein erneutes Eingreifen des Staates bzw. der EU zu hoffen. „Eine Mengenregulierung von staatlicher Seite wird es nicht mehr geben. Allerdings glauben wir, dass alle Marktpartner Möglichkeiten entwickeln und nutzen müssen, um den Preis langfristig wenigstens in einer bestimmten Menge, in einer bestimmten Qualität und in bestimmten Regionen zu stabilisieren.“

Um dies zu ermöglichen, wurde zum Beispiel von der EU lange vor dem Auslaufen der Quote das so genannte Milchpaket beschlossen: Hierbei darf bis zu einem Drittel der in einem Mitgliedsland produzierten Milchmenge gebündelt werden, ohne dass das Kartellamt einschreitet. „Wir glauben, dass dies eine wirksame Methode wäre, um sich vom Weltmarktpreis ein Stück weit regional abzugrenzen, aber die Milchwirtschaft macht im Moment noch zu wenig Gebrauch von diesem Instrument. Auch Überlegungen zu unterschiedlichen Erzeugerpreisen für unterschiedliche Mengen, die unterschiedlich abgesetzt werden können, müssen weiterentwickelt werden.“

„Geiz ist geil“ schadet allen

Menge und Preis sind Sache des Marktes. Hier sind Produktionsbetriebe, Verarbeiter, Einzelhandel, Verbraucher und andere gleichermaßen gefordert. „Die „Geiz ist geil“-Mentalität im Lebensmittelbereich ist bedrohlich – sie schadet nicht nur unseren Landwirten sondern auch dem Tierwohl, dem Natur- und Landschaftsschutz sowie am Ende auch den Konsumenten selbst.“

Der **Strukturerhalt** kann über den Markt allein aber nicht hergestellt werden. „Es wird daher eine Daueraufgabe der Politik bleiben, flankierend zu schwankenden Milch- und sonstigen Agrarpreisen den Strukturerhalt zu fördern – zum Beispiel als Ausgleich für schwer zu bewirtschaftende Flächen, für die Pflege der Kulturlandschaft oder durch die finanzielle Anerkennung (Ökoausgleich) klassischer landwirtschaftlicher Produktion. Letzteres ließe sich sogar aus den dafür bereits zur Verfügung stehenden Mitteln aufwandsneutral umsetzen.

Wem Landschaft, Natur und Tiere etwas bedeuten, muss bereit sein, Pflege aus bäuerlicher Hand dauerhaft zu fördern! Und zwar Unabhängig von Bewirtschaftungsform, Hofgröße und Effektivität!“

Die Unterzeichner – gemeinsam für den Erhalt unserer bäuerlichen Familienbetriebe:

Die CDU-Abgeordneten und Kandidaten aus Oberschwaben und dem Allgäu auf Landes-, Bundes und Europa-Ebene – Elisabeth Jeggle, Norbert Lins, Paul Locherer, Rudolf Köberle, Waldemar Westermayer, Josef Rief, Raimund Haser, August Schuler und Thomas Dörflinger.